

Bilanz Justiz

1. Stärkung der Gerichte

Die Justizverwaltung hat in den letzten fünf Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen zur Stärkung der Gerichte ergriffen. Hervorzuheben ist insbesondere die personelle Verstärkung der Justiz. Neben **70 zusätzlichen Richterstellen** wurden die Gerichte auch durch **90 Stellen im nichtrichterlichen Dienst** gestärkt, es wurden also vor allem mehr Stellen für die Geschäftsstellen und im IT-Bereich geschaffen. Außerdem wurde die Sicherheit an den Gerichten mittels Stellenzuwachsen bei den Justizwachmeisterinnen und Justizwachmeistern erhöht. Insgesamt wurde der **größte Stellenzuwachs seit der Wiedervereinigung** vorgenommen. Zudem wurden für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs erhebliche Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt zur Verfügung gestellt. Schließlich fördern auch kleinere Maßnahmen wie die Einführung eines Familiengerichts beim Amtsgericht Köpenick oder die weitere Stärkung des Neuköllner Modells die Effizienz der Justiz. Im Bereich der Ausbildung wurde eine **Image- und Werbekampagne für die justizeigenen Ausbildungsgänge** aufgelegt und deren online-Auftritt neu, modern und zielgruppenorientiert gestaltet. Die Kampagne „Rechthaber gesucht“ startete am 31. August 2015 und wurde seither gut angenommen. Um auch die bislang unterrepräsentierte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund stärker für die justizeigenen Ausbildungsgänge zu gewinnen, wird seit September 2016 als Teil einer Senatsfördermaßnahme mit einem externen Partner ein justizspezifischer Ausbildungsvorbereitungskurs durchgeführt.

Das Projekt „Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit“ hat zu einer **Absenkung** der sog. **Hartz IV Klagen um rund 30%** geführt!

Gesetzlich verankert wurde auch die gerichtliche und außergerichtliche Mediation mit einem **Pilotprojekt bei den Familiengerichten**. Dort können betroffene, bedürftige Familie Mittel beantragen, um damit eine außergerichtliche Einigungsverfahren zu finanzieren.

Es gab eine Verbesserungsprozess zu den Abläufen bei Gericht, der über 50 kleinere Ergebnisse erzielt hat.

Zudem wurde ein Prozess gestartet, der zu einer leichter verständlichen Sprache bei Gericht beigetragen hat. Einige Dutzend Rechtsbehelfsbelehrungen etwa wurden vollständig neu erarbeitet und sind jetzt in Frage-Antwort Systematik verfasst („Kann ich gegen die Entscheidung ein höheres Gericht anrufen?“).

2. Stärkung der Staatsanwaltschaft

In den letzten fünf Jahren konnten mit insgesamt **47 zusätzlichen Stellen** im staatsanwaltschaftlichen Dienst und **20 Stellen im nichtstaatsanwaltschaftlichen Dienst** die steigenden Belastungen abgefedert werden. Schwerpunkte der personellen Aufstockung waren dabei die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Hasskriminalität und von Cybercrime. Daneben wurden organisatorische Projekte wie Staatsanwalt für den Ort und das Gemeinsame Projekt zur Verbesserung der Abläufe und Bedingungen in den Strafverfolgungsbehörden unter Berücksichtigung der bestehenden Haushaltskonsolidierung durchgeführt.

3. Verstärkung der Bekämpfung Organisierter Kriminalität

- **Personelle Verstärkung der Fachabteilungen zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität** (251, 254 und 255) insbesondere im Bereich der Rockerkriminalität und bezüglich Straftaten von Angehörigen arabischer Großfamilien (Clans) mit Intensivierung der Dienstbesprechungen zwischen OK-Abteilung und LKA; Verfolgung einer „Null-Toleranz-Linie“ in diesem Bereich
- Einrichtung der **Task-Force „Wohnungseinbruchdiebstahl“** zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft, um die steigende Einbruchskriminalität effektiv zu bekämpfen
- Verstärkung der Abteilung 251 der StA Berlin (OK Rauschgift) um Dezernat zur Aufklärung der Finanzströme sowie zur Unterstützung aller OK-Abteilungen bei der Gewinnabschöpfung.
- Initiative zur **leichteren Abschöpfung krimineller Gewinne**
- Verlagerung der Zuständigkeit für die Bekämpfung des terroristischen Islamismus von der Staatsanwaltschaft zur Generalstaatsanwaltschaft (Abteilung 17).
- **Einrichtung der Fach-Abteilung 257 für die Verfolgung von Cyberkriminalität**; von der Zuständigkeit erfasst sind insbesondere die Bearbeitung von Einzelfällen organisierter IT-Kriminalität im engeren Sinne und Einzelfällen von IT-Kriminalität im engeren Sinne, sofern zur Bewertung der Sach- und Rechtslage vertiefte IT-Kenntnisse erforderlich sind oder es sich um neue Kriminalitätsphänomene mit IT-Bezug handelt (Pilot-Verfahren).

4. Neuköllner Modell

Erfolgreiche Evaluierung des Neuköllner Modells (Anwendung des besonders beschleunigten vereinfachten Jugendverfahrens) durch die HWR; breite Unterstützung und Förderung auch im Abgeordnetenhaus (DrS. 17/2972 und DrS. 17/3041).

5. Staatsanwalt für den Ort

Pilotvorhaben „Staatsanwalt für den Ort“ im Bezirk Neukölln, auf der Grundlage eines Konzeptes zur Regionalisierung der jugendstaatsanwaltschaftlichen

Zuständigkeit; erhebliche Verbesserung der Zusammenarbeit mit Jugendgerichten und Jugendhilfe.

6. Personalabbau im Justizvollzug gestoppt

Der Justizvollzug sollte ursprünglich bis zum Jahr 2018 205 VZÄ einsparen. An Hand der Ergebnisse von Organisationsbetrachtungen konnte aufgezeigt werden, dass mit diesen Einsparungen ein ordnungsgemäßer Vollzug unter der Kriterien der aktuellen Rechtsprechung nicht mehr gewährleistet werden kann. **Somit konnte nicht nur der Abbau der 205 VZÄ verhindert, sondern sogar ein Aufwuchs von 100 VZÄ erreicht werden.**

7. 375 Stellenhebungen im Justizvollzug

Für den AVD und den mittleren Verwaltungsdienst sind **375 Stellen in höherwertige Stellen umgewandelt** worden. Auf Grund dieser Umwandlungen konnten 375 Personen - nach einem „regulären“ Stellenbesetzungsverfahren - befördert werden.

8. Erhöhung der Vollzugszulage für Beamte im Justizvollzug

Im Rahmen der letzten Haushaltsverhandlungen konnten die Voraussetzungen zur **Angleichung der Vollzugszulage für die Justizvollzugsanstalten** an die Vollzugszulage der Polizei und Feuerwehr geschaffen werden. Es ist sogar gelungen, dass dem Justizvollzug in den ersten beiden Jahren die Vollzugszulage in Höhe von 95,53 Euro erhalten bleibt (die von Polizei und Feuerwehr ist niedriger) und ab dem dritten Jahr auf 127,38 Euro (Angleichung an Polizei und Feuerwehr) angehoben wird.

9. Gesundheitspakt/ Beratungsprozess Gesundheitsorientiertes Personalmanagement

Im Rahmen des sogenannten Schmöckwitz-Prozesses wurde unter Beteiligung der Behördenleitungen der Justizvollzugsanstalten, der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, der örtlichen Beschäftigtenvertretungen und der Gesamtbeschäftigtenvertretungen entschieden, in einem ersten Schritt ein externes Beratungsunternehmen mit der fachlichen Expertise für das Gesundheitsmanagement damit zu beauftragen, mit einem ganzheitlichen Ansatz sowohl die Arbeitsbedingungen in den Justizvollzugsanstalten nachhaltig zu verbessern, als auch das Gesundheitsbewusstsein und die Gesundheitskompetenzen der Beschäftigten zu stärken. Zentrale Themen dabei sind die Verbesserung der Kommunikation und der Entscheidungsspielräume, die Stärkung der Führungskultur und die Verbesserung der Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen.

In einem weiteren Schritt wurde der „**Gesundheitspakt**“ geschlossen, mit dem sich die o. g. Beteiligten verpflichten, für bestimmte Kernanliegen im Kontext des Gesundheitsmanagements einzutreten. Zu den Kernanliegen gehören die

Verbesserung der Führungsfertigkeiten, die Schaffung einer offenen und transparenten Information- und Kommunikationskultur, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf und die Schaffung zeitgemäßer Organisationsstrukturen.

10. Ausbildung von AVD-Anwärterinnen/-wärtern/ Anwärtersonderzuschläge/ Werbekampagne AVD

Seit 2014 werden jedes Jahr Anwärter/-innen ausgebildet, zurzeit 125 im Jahr. Auch können diese wieder nahtlos übernommen worden, was auf Grund eines vorherigen Einstellungskorridors nicht möglich war.

Weiterhin wurde erreicht, dass der Justizvollzug seit Anfang des Jahres Anwärtersonderzuschläge in Höhe von 60 % des Grundgehalmtes bezahlen kann. D. h., dass ein/-e Anwärter/-in derzeit ca. 1.600 Euro Anwärterbezüge (vorher ca. 900 Euro) erhält.

Um die Menge und die Qualität an Bewerbungen für den AVD durch zielgruppenspezifische und passgenaue Kommunikation unserer Kernbotschaften zu steigern und um eine positive öffentliche Darstellung des Berufsbildes „Justizvollzugsbeamte“ zu erreichen, hat der Justizvollzug eine Werbekampagne eingekauft, die die Erreichung dieser Ziele unterstützen soll.

11. Schaffung zeitgemäßer Haftplätze

- Fertigstellung des **Neubaus der JVA Heidering** (648 Haftplätze) im vorgesehenen Kosten- und Zeitrahmen, Baufertigstellung im Dezember 2012, Gesamtkosten: 117,9 Mio. EUR.
- Grundsanie rung der Teilanstalt III der JVA Moabit (132 Haftplätze), Realisierung unter Teilbetrieb in 2 Bauabschnitten: Baufertigstellung 1. BA im Juni 2013, Baufertigstellung 2. BA im August 2014, Gesamtkosten: 6,8 Mio. EUR.
- Beginn des Abrisses der Teilanstalt I der JVA Tegel und Planungen für den Ersatzbau (216 Haftplätze) seit 07/2016. Der Ersatzbau ist im Hinblick auf die äußerst angespannte Belegung im geschlossenen Männervollzug und die mit dem Verlust von Haftplätzen einhergehenden Sanierungen der alten Hafthäuser unverzichtbar.

12. Verfassungsgemäße Sicherungsverwahrung

- Errichtung eines neuen Gebäudes für den Vollzug der Sicherungsverwahrung auf dem Gelände der JVA Tegel (60 SV-Plätze); Baufertigstellung im Juli 2014, Gesamtkosten: 15,0 Mio. EUR.
- Erarbeitung des Berliner Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes
- Erarbeitung und Implementierung einer Konzeption zum Vollzug der Sicherungsverwahrung (Vollzugsgestaltung, Behandlung)

13. Erarbeitung von weiteren Landesgesetzen

- Vorlage der Entwürfe für das Berliner Strafvollzugsgesetz, des Neuerlasses des Jugendstrafvollzugsgesetzes und Anpassungen im Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz und Untersuchungshaftvollzugsgesetz.
- Bundesratsinitiative zur Rehabilitierung der gemäß § 175 StGB aF verurteilten Männer; Antrag beförderte das Thema; Initiative führte zu in Kürze zu erwartetem Gesetzentwurf des BMJV.
- Neufassung der **Richtlinie zur Verfolgung von Intensivtäterinnen und -tätern** in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Geschäftsbereichen: Schwerpunktsetzung auf jugendliche Gewalttäter; Kriterien für Einstufung als Intensivtäter, aber auch für die Löschung aus der Intensivtäter-Liste konkreter und transparenter gefasst.

14. Gemeinsame Jugendarrestanstalt mit Brandenburg

Der Jugendarrest wurde nach Lichtenrade verlegt und das **Problem der Abweisung von Arrestanten behoben**, die sich freiwillig zum Arrest-Antritt gestellt hatten. Durch einen Staatsvertrag mit dem Land Brandenburg ist zum 1.3.2016 eine gemeinsame Jugendarrestanstalt in Berlin geschaffen worden, Einzelheiten zum Betrieb regelt eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Berlin und Brandenburg.

15. Evaluation des Offenen Vollzuges

Eine in 2012 durchgeführte Evaluation des Offenen Vollzuges bestätigte die hohe Bedeutung dieser Vollzugsform für die Resozialisierung und damit für die Sicherheit. Durch professionelles Risikomanagement werden die zahlreichen Prognoseentscheidungen sowie die Betreuung und Behandlung der Gefangenen fachlich auf hohem Niveau gewährleistet. Die Empfehlungen des Berichts – vor allem zur Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft – sind umgesetzt worden.

16. Pilotprojekt „Day-By-Day“

Vermittlung von Ersatzfreiheits-Strafern in freie Arbeit, um neben der Haft Tagessätze durch Arbeitstage zu tilgen; seit März 2016 dauerhaft umgesetzt im Männervollzug. Dadurch müssen in Berlin **weniger Ersatzstrafen vollstreckt** werden.

17. Religiöse Betreuung muslimischer Gefangener

Durch die Etablierung eines Beirates und die Einbindung unterschiedlicher Vertreter der muslimischen Verbände und Einrichtungen konnten religiöse Betreuer gefunden und durch Schulungen auf ihre Tätigkeit im Justizvollzug vorbereitet werden. Seit Oktober 2016 werden nun regelmäßig in den Anstalten Freitagsgebete und andere Gruppenveranstaltungen durchgeführt, die Vorbereitungen für die Einzelseelsorge haben begonnen.

18. Konzept zum Umgang mit radikalem Islamismus im Berliner Justizvollzug

Durch die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes seit Mai 2015 besteht Klarheit für den Umgang mit entsprechenden Gefangenen (Unterbringung, Zuständigkeiten, strukturierter Informationsaustausch); Gegenstand sind auch Fortbildungen und spezielle Behandlungsmaßnahmen zur Deradikalisierung und Prävention.

19. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in den Anstalten

- Handyblocker im U-Haftbereich der JSA
- Umsetzung der Empfehlungen des Berichts nach einer Entweichung aus der JVA Moabit (z.B. sukzessiver Einbau von speziellen Gittern in Moabit – noch nicht abgeschlossen- , Verbesserung des Controllings der technischen Sicherheitseinrichtungen)
- Beschaffung von zusätzlicher und verbesserter Schutzkleidung
- Aufbau einer Diensthundestaffel

20. Implementierung eines Kompetenzfeststellungsverfahrens im Berliner Justizvollzug

Um strafgefangene Männer und Frauen zukünftig deutlich besser in die Bereiche Beschäftigung und Qualifizierung der Justizvollzugsanstalten einzusetzen, aber auch um ihre Chancen auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt nach ihrer Entlassung zu verbessern, wird ein umfangreiches Kompetenzfeststellungsverfahren im Berliner Justizvollzug eingeführt. Im Rahmen des vierwöchigen Kurses wird die Berufs- und Bildungsbiographie der Teilnehmer, ihre schulische Bildungsreife, ihre persönlichen Wünsche und Vorstellungen bzgl. einer Beschäftigung bzw. Qualifizierung und ihre handwerklich-motorischen und sozialen Kompetenzen festgestellt. Im Anschluss erfolgt eine Empfehlung für den Einsatz in der Justizvollzugsanstalt, ausgerichtet an den Bedarfen des jeweiligen Teilnehmers.

21. Resozialisierung durch Digitalisierung

- Projekt mit der HPI School of Design Thinking der Uni Potsdam (2015) - Ergebnis: durch die Bereitstellung „sicherer“ Endgeräte könnte sich die Medienkompetenz der Gefangenen weiter befördern lassen; Entwicklung eines Prototyps (Tablet-PC mit personenbezogener Authentifizierung im W-LAN-Betrieb) und beispielhafter Anwendungen
- Vorbereitung eines Forschungsprojektes in der JVA Heidering: Entwicklung und Erprobung technischer und pädagogischer Lösungen, die bei einem Minimum an Gefährdung Dritter ein Maximum an zweckmäßiger Nutzung elektronischer Medien durch Gefangene ermöglichen; Steigerung der Medienkompetenz der Gefangenen und Flexibilisierung deren Zugangs zu Behandlungs-, Bildungs- und Kommunikationsangeboten (Nutzung vom Haftraum aus und zu Zeiten, in denen sich die Gefangenen unter Verschluss befinden)

22. Ausbau der Substitution

Schaffung von zusätzlichen Plätzen für Substitution von Drogenabhängigen in der JVA Heidering und im Offenen Vollzug.

23. Opferbeauftragter

Die **Stelle des Opferbeauftragten des Landes Berlin wurde im September 2012 eingerichtet**. Der Opferbeauftragte arbeitet unabhängig vom Senat, wird von diesem in seiner Arbeit aber fortwährend unterstützt. Es handelt sich bei dem Opferbeauftragten um eine bislang einmalige Einrichtung in der Bundesrepublik. Zu seinen Aufgaben gehört der Aufbau eines Netzwerkes aus den Hilfsangeboten der Polizei und der Justiz im Bereich der Opferhilfe sowie privater Hilfsorganisationen. Er wertet die im Land Berlin bestehenden Angebote im Opferschutz aus, unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Opfern von Straftaten und berät die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sowie andere Behörden in Fragen des Opferschutzes.

24. Gewaltschutzambulanz

Im Frühjahr 2014 wurde an der Charité **Berlins erste Gewaltschutzambulanz** eröffnet. Wer Opfer einer Gewalttat geworden ist, aber noch unsicher ist, ob er Anzeige erstatten möchte, kann sich hier untersuchen und beraten lassen. Die Unterstützung des Senats bei der Einrichtung der Gewaltschutzambulanz geht auf eine Initiative der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz zurück. Die Gewaltschutzambulanz hatte im monatlichen Durchschnitt im Jahr 2014 29 Fälle, im Jahr 2015 64 Fälle und im Jahr 2016 75 Fälle (bis zum 30. September 2016). Es ist mithin seit der Eröffnung der Gewaltschutzambulanz eine kontinuierliche Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen.

25. Kinderschutzambulanzen

Gemeinsame Einrichtung von fünf dezentralen Kinderschutzambulanzen mit SenBJW und SenGesSoz zur Sicherstellung der interdisziplinären Versorgung misshandelter Kinder.

Seit dem Frühjahr 2016 werden die fünf Kinderschutzambulanzen in Berlin von der Gewaltschutzambulanz konsiliarisch rechtsmedizinisch betreut.

26. Ansprechpartnerin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der StA

Einrichtung einer „Ansprechpartnerin für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ in der Staatsanwaltschaft Berlin; bundes- und europaweit einzigartige Stelle; Besetzung mit Frau OStA in Karl. Die Fortbildung für Justizangehörige zu dem Thema wurde ausgebaut.

27. Elektronischer Rechtsverkehr

Mit den im 2013 beschlossenen **Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs** mit den Gerichten vorgegebenen Zielen steht die Justiz vor der vermutlich größten Umwälzung ihrer jüngeren Geschichte. Ab 2018 wird der gesamte elektronische Rechtsverkehr mit der Anwaltschaft über das besondere elektronische Anwaltspostfach abgewickelt werden. Spätestens 2022 wird die schriftliche Kommunikation zwischen dem ganz überwiegenden Teil der Justiz (für den Strafbereich ist ein eigener Gesetzentwurf in Arbeit) und der Anwaltschaft ausschließlich elektronisch erfolgen. Die elektronische Aktenführung innerhalb der Justiz wird somit faktisch zwingend erforderlich werden. Die Umsetzung des Gesetzes erfordert dementsprechend umfangreiche Anpassungen in organisatorischer und technischer Hinsicht. Mit mehreren Projekten wird diese Umsetzung vorbereitet.

Zur Umsetzung des Gesetzes wurden zum einen erste Finanzmittel in Höhe von 16 Mio. Euro aus dem Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt beantragt und bewilligt und zusätzliche Stellen eingerichtet.

Zum anderen hat die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz das „Projekt zur Koordinierung der Einführung von elektronischem Rechtsverkehr und elektronischen Akten bei den Berliner Gerichten“ ins Leben gerufen, das als Programmüberbau über die bei den einzelnen Gerichtsbarkeiten eingerichteten Einführungsvorhaben dient. Gemeinsam mit den jeweils Verantwortlichen aus den Gerichtszweigen werden hier die übergreifenden technischen und organisatorischen Fragen koordiniert und abgestimmt. Die verbundweiten gerichtlichen IT-Fachverfahren werden unter Beteiligung Berlins für den Betrieb mit elektronischer Akte vorbereitet. Es gibt ein gerichtsübergreifendes Konzept wie und wann in Berlin **Gerichtssäle für den elektronischen Rechtsverkehr** ausgestattet werden sollen.

28. forumSTAR

Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz hatte bereits Ende 2009 den **Beitritt zum Länderverbund forumSTAR erklärt und damit die Ablösung des Altverfahrens AULAK** als Leitverfahren eingeleitet. Im Jahre 2010 wurde die Projektgruppe aufgebaut und die notwendigen Programmanpassungen in ersten Modulen für Berlin vorbereitet.

Die Umstellung von über 3.000 Anwendern der Berliner Gerichte mit den verschiedenen Modulen für die unterschiedlichen Fachbereiche erfordert eine sorgfältig Planung und es müssen erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, um diese Einführung erfolgreich umsetzen zu können.

Bislang konnten Module auf insgesamt ca. 300 Arbeitsplätzen ausgerollt werden. Nach den Erfahrungen mit der Produktivsetzung (Dualbetrieb mit AULAK für Altverfahren und forumSTAR für neue Verfahren) wurde offenbar, dass die technische Basisstruktur in allen Gerichtsstandorten Berlins den modernen Anforderungen nicht mehr entspricht.

So wurde während der Ausrollphase in 2013 festgestellt, dass die IT-Infrastruktur grundlegend modernisiert werden muss, um den flächendeckenden Betrieb gewährleisten zu können. Dies wurde mit Projektleitung durch das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) im Projekt „SBC 2014“ bis in 2016 umgesetzt, wobei im Projekt vom ITDZ mehrere technische Hürden zu bewerkstelligen waren, die sich aus dem Zusammenspiel der Altanwendungen und neuem IT-Fachverfahren ergaben und deren Überwindung leider noch nicht abgeschlossen ist. In dem genannten Projekt galt ein Moratorium dergestalt, dass forumSTAR erst weiter ausgerollt werden kann, wenn die IT-Infrastruktur im Wesentlichen stabilisiert ist.

29. Sozialberatung der Berliner Justiz

Nach erfolgreichem Abschluss der Projektphase ist die Sozialberatung der Berliner Justiz eine feste Einrichtung der Berliner Justiz geworden. Sie stellt ein effektives und dauerhaftes Element des innerbetrieblichen Gesundheitsmanagements dar und hat sich als unverzichtbarer, wichtiger Baustein für die Unterstützung der Beschäftigten etabliert, wenn schwierige Lebenssituationen, Probleme und Herausforderungen auftauchen, die die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigen. Einen wertvollen Beitrag zur Gesunderhaltung der Beschäftigten leisten auch die Präventionsangebote der Sozialberatung, um die Beschäftigten darin zu unterstützen, Ihre persönliche Balance und Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Der gute Ruf der Sozialberatung über die Justiz hinaus hat zudem dazu geführt, dass auch andere Einrichtungen der Berliner Verwaltung die Angebote der Sozialberatung der Berliner Justiz für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen. So gibt es zwischenzeitlich auch Kooperationen mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen, der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, der Senatsverwaltung für Finanzen und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, die den dortigen Mitarbeitenden die Inanspruchnahme der Sozialberatung der Berliner Justiz ermöglichen.

30. Renovierung und Erweiterung des Campus Moabit

Die Stärkung der Staats- und Anwaltschaft sowie der Strafgerichte führt zu mehr und wegen der organisierten Kriminalität umfangreichen Verfahren, die **mehr Verhandlungssäle, zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen und mehr Platz für Mitarbeitende** erfordern. Mit Unterstützung der BIM werden Sanierungs- und Erweiterungsplanungen für die nächsten Haushaltsverhandlungen vorbereitet. Dabei sind sowohl eine Drehscheibe (auf dem Gelände in der Turmstr. 22) als auch ein Ausbau und die Renovierung in mehreren Etappen vorgesehen.